

Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse), Sitz Hamburg

Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 1,50 M.
vierteljährlich durch Streifband 1,80 M.

Schriftleitung: Berlin S42, Lußenerfer 1. Tel. Mpl. 3725
Postscheckkonto: Berlin 10301, Albert Lehmann

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Millimeterzeile 0,15 Goldmark. Bei Abschlüssen Rabatt, der nur als Kasserabatt gilt. Verbandsmitglieder zahlen für Gelegenheitsanzeigen pro Wort 0,10 Goldmark, das fettgedruckte Ueberschriftswort 0,30 Goldmark. Die Preise sind freibleibend. Alleinige Anzeigenannahme durch Krieger-Dank G. m. b. H., Berlin SW 11, Königgrätzer Straße 97. Fernsprecher: Hasenheide 2780, 2781, 4718, 4738, 4739, 4759. Postscheckkonto Berlin 47910.

Für die Zeit vom 7. bis 13. und 14. bis 20. März ist der 10. und 11. Wochenbeitrag fällig.

Am Anfang war die Tat.

Auch bei der Werbearbeit! Unsere Verwaltung Remscheid zeigt, wie es gemacht werden muß. Durch Umfrage wurden 42 Adressen von unorganisierten Kollegen festgestellt; 8 Kollegen übernahmen die Hausagitation. Mit Flugblättern, Verbandszeitungen und unserem „Fachblatt“ versehen, wurden die Kollegen aufgesucht. Der erste Abend brachte drei Neuaufnahmen und einen „Fachblatt“-Leser. Jeder Kollege erhielt eine Einladung zur nächsten Versammlung.

So muß es überall gemacht werden.

Der Auftakt zur Werbetätigkeit im Gau Köln-Düsseldorf beginnt mit der Einberufung von 22 Versammlungen für die Zeit vom 26. Februar bis 16. April.

Ohne Rücksicht auf Zeit und Umstände muß die Werbearbeit überall sofort beginnen. Die herrschende Arbeitslosigkeit wird den Unorganisierten die Augen öffnen. Man nehme folgendes Beispiel, das in den meisten Orten ein Gleichnis haben wird: Die Baumschule Brucks u. Beinroth, Berlin-Niederschönhausen, beschäftigte im vorigen Jahre 15—20 unorganisierte Kollegen unter Tariflohn. Sie glaubten alle, die Organisation entbehren zu können, dauernde Arbeit war ihnen versprochen. Die Enttäuschung kam Mitte Dezember. Trotz der erbärmlichen Bezahlung wurden auch sie arbeitslos, wurden rücksichtslos behandelt als in tariftreuen Firmen. An solchen Beispielen kann man den unorganisierten Kollegen klar machen, daß ihre Organisationslosigkeit nur zum Nutzen der Unternehmer und zum größten Nachteil für sie selbst ist.

Die Arbeitslosigkeit muß die große Zahl der Indifferenten aufwecken. Organisierte Kollegen, sorgt für die Aufklärung an jedem Ort, zu jeder Zeit!

Deutscher Gärtnerstag in Dresden 1926.

Die Veranstaltung unseres Verbandes anlässlich der Jubiläums-Gartenbau-Ausstellung ist endgültig festgesetzt auf Sonntag, den 11. Juli. In allen Verwaltungen und Zahlstellen ist dazu Stellung zu nehmen, die Zahl der Teilnehmer festzustellen und darüber der Gauleitung Mitteilung zu machen. Arbeitslose Mitglieder können ihre endgültige Teilnahme später melden, erwünscht ist aber auf jeden Fall die vorläufige Einzeichnung. Die Vorbereitungen für eine verbilligte Gesellschaftsreise werden von den Gauleitungen erledigt.

Tagesordnung und Programm werden später veröffentlicht. Sonnabend, der 10. Juli, ist als Empfangstag festgesetzt. Sonntag vormittag ist die erste Ausstellungsbesichtigung, nachmittags von 2—5 Uhr im Konzertsaal des Ausstellungspalastes die öffentliche Tagung. Für die nächsten Tage stellt die Verwaltung Dresden ein Programm zusammen, das sowohl den Wünschen der Teilnehmer mit kürzerer als mit längerer Anwesenheit Rechnung trägt. Ebenso wird sie die Unterkunftsfrage regeln. Über alle Angelegenheiten wird in unserer Verbandszeitung noch rechtzeitig und ausführlich berichtet werden.

Wir empfehlen allen Mitgliedern rechtzeitige Benutzung unserer Reisesparkasse.

Arbeit.

Wer den wucht'gen Hammer schwingt;
wer im Felde mäht die Ähren;
wer ins Mark der Erde dringt,
Weib und Kinder zu ernähren;
wer stroman den Nachen zieht;
wer bei Woll' und Werg und Flachse
hintern Webstuhl sich müht,
daß sein blonder Junge wachse: —
Ruhm und Ehre jedem Fleiß!
Ehre jeder Hand voll Schwielen!
Ehre jedem Tropfen Schweiß,
der in Hütten fällt und Mühlen!
Ehre jeder nassen Stirn
Hintern Pfluge! — Doch auch dessen,
der mit Schädel und mit Hirn
hungernd pflügt, sei nicht vergessen!

Freiligrath.

Wenn wir diese herrlichen Worte heute unsern Betrachtungen voranstellen, so nicht deshalb, um ihren tiefen Inhalt voll auszuschöpfen, oder um das Problem des Begriffes Arbeit zu lösen. Nur ein Teilgebiet dieses Gesamthemas sei herausgegriffen, um es im Zusammenhang mit unsern Frühjahrsaufgaben zu besprechen.

Für den Erwerbslosen hat das Wort „Arbeit“ einen besonderen, Erfüllung verheißenden Klang. Ihm läßt es wieder Verdienst, Lohneinkommen und damit Befriedigung seiner elementaren Lebensbedürfnisse winken. Schützt die Erwerbslosenunterstützung auch vor der größten Not, so schleichen doch die Tage der Arbeitslosigkeit unbefriedigend und unfroh dahin. Es ist nicht nur die Aussicht, sich und die Seinen wieder besser nähren und kleiden, für alle Bedürfnisse der Familie und des Lebens wieder streben zu können, was nach langer Erwerbslosigkeit so ein eigenes Glücksgefühl im Menschen hervorrufft. Es ist noch ein anderes. Hat der arbeitende Mensch sich erst vertraut gemacht mit den großen Zusammenhängen des gesellschaftlichen Geschehens, dann wird er die menschliche Arbeit erkennen als den Faktor, der, alle Werte schaffend, das menschliche Dasein heraus- und emportrug aus fernster primitiver Urzeit zur Gegenwart unserer Kultur. Jetzt sehen wir überall um uns her, natürlich noch für privatwirtschaftliche Interessen, die Arbeit vom Morgen bis zum Abend den Tag mächtig erfüllen. Wohin wir blicken: veränderndes Schaffen, neues Entstehen. Alles Hoffen und Wollen des einzelnen sowohl wie das der organisierten Wirtschaft können wir nur dem Faktor Arbeit anvertrauen.

Dieses gewaltige werktätige Leben vor seinen Augen, erfüllt mit seinen Erkenntnissen und dem Drang und dem Willen zur Arbeit, steht der Erwerbslose gezwungen untätig da; er muß warten — warten, bis geheimnisvolle Zusammenhänge ihn wieder rufen. Ist es da zu verwundern, wenn der Mensch innerlich froh ist, wieder schaffen zu dürfen. Und ist der Wirkungskreis noch so klein, ist es auch nicht immer der eigene Beruf, so ist es doch schöpferische, gestaltende Tätigkeit, in sich bergend hohe seelische Kräfte.

Ist er durch seine Lohnarbeit wieder eingeschaltet in den großen Produktionsprozeß, und fühlt er sich wieder geistig verbunden mit der Arbeit, so wird auch sein weiteres Denken nicht rasten; unterscheidet doch dieses den Menschen von dem nur seinem Triebleben folgenden Tiere. „Den schlechten Mann muß man verachten, der nie bedacht, was er vollbringt,“ singt Schiller.

Aber liegt nicht ein Widerspruch darin, begierig nach der Wiedereinfügung in den Arbeitsprozeß zu lechzen und doch oft nur gezwungen, der Not gehorchend, die angebotene Stelle einzunehmen? Der Widerspruch löst sich, wenn man das Wesen der heutigen privatkapitalistischen Wirtschaft erkennt.

Seit alters her wird von den herrschenden Schichten, mit seltenen Ausnahmen, die persönliche Arbeit als Schande betrachtet, der man sich möglichst entziehen müsse. Dagegen sah man in der Bereicherung, in der Anhäufung von Geld und Gut, ganz gleich, auf welche Art und mit welchen Mitteln, ein edles Tun, auch wenn es dabei über Blut und Leichen ging. Wir aber als organisierte Arbeiter streben nach Höherem. Die Arbeit als Grundlage alles menschlichen Daseins soll als solche organisiert und entwickelt und ihren großen volkswirtschaftlichen Zwecken wirklich dienstbar gemacht werden. Dann werden solche Krisen, Reibungen in der Wirtschaft, die Absatzstockungen, Ausschaltung vieler Arbeitskräfte im Gefolge haben, sich vermeiden lassen. Ihren natürlichen Gesetzen folgend wird dann die Produktion herausgehoben sein aus dem Bereiche der Spekulation und der Übervorteilung. Dann erst wird die Arbeit ihre eigentliche Bestimmung und ihren wirklichen Wert gefunden haben. Dann wird der Mensch nicht mehr leben, um arbeiten zu müssen, sondern er wird dann freudig arbeiten in der frohmachenden Erkenntnis, daß solche Tätigkeit sein Dasein erst voll ausfüllt. In seiner schöpferischen Kraft, in seiner Arbeit wird er dann das Leben als Ausdruck höchster Gestaltung empfinden.

Dieses hohe Ziel ist aber ohne Kampf gegen die vielen Drogen der heutigen Wirtschaftsordnung nicht zu erreichen. Es gilt, zu diesem Kampf alle Kräfte anzuspannen.

Wohlan, Ihr Verbandskollegen in Stadt und Land, ans Werk! Laßt uns unser Teil dazu beitragen. Beginnen wir mit dem Dringlichsten, mit der Werbearbeit! Leider gibt es noch viel zu viele unorganisierte Kollegen und Kolleginnen in unserm Berufe. Bald wird ihre Zahl sich von neuem vergrößern, nämlich wenn zum Frühjahrsquartal die Tore der Lehre sich für viele Junggehilfen öffnen werden. Alles dieses Jungholz ist von uns im Berufsleben schon Gereiften aufzuklären und für unsere Sache zu gewinnen. Doch auch für manchen der älteren Semester bedarf es des Besinnens auf das Wahre und Wichtigste. Dazu anzuregen, vermag jeder einzelne. Und so mancher wartet dieser Anregung. Ein Stein, der nicht angestoßen, kommt nicht ins Rollen. — Den Stand des Organisationslebens vor 12 Jahren, also 1913 und 1914, verglichen mit dem heutigen Bild, zeigt, daß wir jetzt unsere damalige Höhe noch nicht wieder erreicht haben. Nun die Ursachen dieses Rückganges: Was diesen Rückgang verursacht, was alles in den dazwischen liegenden Jahren liegt, das haben wir ja alle mehr oder weniger am eigenen Leibe erfahren.

Dies zu erkennen und den Willen aufzubringen, jetzt wieder vorwärtszudringen, ist vorab wohl das Wichtigste. Die große Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation für die Arbeiterbewegung, das Ausstrahlen ihrer Auswirkungen auf die verschiedenen Teilgebiete des menschlichen Lebens — das alles zu würdigen, würde heute wohl zu weit führen.

Zusammenfassend sei gesagt: Uns kann echtes Glück nur das Kämpfen für die wahren, hohen Ziele der Arbeit bringen. Dazu bedürfen wir der Zusammenfassung aller Kräfte. Wohlan, sie zu sammeln!

Haaker.

Rückblick und Ausblick in Danzig.

Wir stehen vor dem Frühjahr. Es ist die Zeit, wo es in unserem Beruf gewöhnlich etwas lebhafter zu werden beginnt. In allen Branchen regt sich neues Leben, sobald die Strahlen der Sonne wieder kräftiger werden. Ein großer Teil unserer Berufskollegen wird mit großer Ungeduld den Moment herbeisehnen, wo mit dem Einsetzen der Frühjahrsarbeiten wieder die Möglichkeit besteht, irgendwo in einem Betriebe eine Arbeitsgelegenheit zu finden. Die letzten Wochen waren tieftraurige für alle diejenigen, die infolge der jetzigen Wirtschaftskrisis ihre Arbeitsstätte verloren hatten. Der karge Lohn, der von den hiesigen Unternehmern gezahlt wurde, reichte knapp zur Bestreitung der notwendigsten Lebenshaltungskosten aus. An ein Sparen während der Beschäftigungszeit war also nicht zu denken. Die Folge ist die ungeheure Verelendung weiter Kreise unserer Kollegen.

Nicht nur die Landschaftler waren während dieses langen Winters erwerbslos, auch viele Kollegen in Privatgärtnereien, Baumschulen, Mandelsgärtnereien wurden rücksichtslos auf die Straße gesetzt. Die Firma Rathke & Sohn, Praust hatte die Hälfte ihrer Arbeitnehmer, gelernte wie ungelernete, entlassen. Die andere Hälfte arbeitet nur vier Stunden täglich. Der Großbetrieb Hückstedt-Olliva schickt alle seine Leute abwechselnd je drei Wochen auf „Urlaub“, natürlich ohne Bezahlung. Das sei ja doch noch immer besser als ganz ohne Beschäftigung, sagt achselzuckend der Inhaber Herr Kadgien. Er selbst leidet freilich keine Not, selbst wenn der Betrieb mal ganz stillstände. Das garantieren die Werte seines Betriebes; daß die auch von seinen Arbeitern miterarbeitet wurden — was schert ihn das? Die Kollegen der Firma Vieweg-Olliva sind durch das System der ratenweisen Lohnzahlung schon beinahe Geschäftsteilhaber geworden. Annähernd 200 Gulden schuldet Herr Vieweg jedem seiner Gehilfen.

Daß in Zeiten wirtschaftlicher Depression auch für gärtnerische Erzeugnisse stark verringerte Absatzmöglichkeiten gegeben sind, ist ohne weiteres richtig. Ob aber durch eine so kurzsichtige Lohnpolitik, wie unsere Danziger Arbeitgeber sie betreiben, die jetzige Krise zu beheben ist, darf sehr bezweifelt werden. Der Ausspruch des Herrn Vieweg einem anderen Arbeitgeber gegenüber, solange er in Danzig sei, solle kein Tarifvertrag mit dem Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter zustandekommen, läßt nur sehr bedenkliche Schlüsse auf die Einstellung unserer Arbeitgeber in Lohn- und Wirtschaftsfragen zu. Herr Vieweg müßte doch wissen, daß Entlohnung, Kaufkraft der breiten Massen und Warenabsatz Faktoren sind, die in unlösbarem Zusammenhang stehen. Je niedriger der Lohn, desto schwächer die Kaufkraft und desto geringer damit auch die Absatzmöglichkeit und Wirtschaftlichkeit jedes für den Inlandsmarkt arbeitenden Betriebes. Diese Erkenntnis dürfte unsern Arbeitgebern allerdings aus eigenem kaum kommen, sehen wir doch aus diesen Beispielen, auf wie wenig Einsicht wir in bezug auf die Verbesserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse bei unseren Arbeitgebern rechnen können. Mit verschärfter Macht drängt sich uns deshalb die Notwendigkeit auf, durch straffen organisatorischen Zusammenschluß aller Arbeitnehmer den Unternehmern eine bessere Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge und damit auch — Verbesserungen unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzuzwingen.

Den Wert solchen Zusammenschlusses haben unsere arbeitslosen organisierten Kollegen jetzt recht erfahren. Der in den freien Gewerkschaften verkörperte Solidaritätsgedanke hat sich auch hier als das wahre Bindeglied in Zeiten wirtschaftlicher Not erwiesen. Beträchtliche Geldsummen sind als Notunterstützung durch unsere Organisation an arbeitslose Danziger Kollegen gezahlt worden. So hat zu einem kleinen Teil unser Verband dazu beigetragen, die auf unseren Kollegen lastenden Ungerechtigkeiten einer privatkapitalistischen Wirtschaftsweise zu mildern.

Doch jetzt wartet wieder ein anderes großes Arbeitsfeld unserer Aufmerksamkeit: die Erringung eines gerechten, menschenwürdigen Anteils des Arbeiters am Ertrag seiner Arbeit. Kollegen, wir stehen vor dem Frühjahr. Wenige Wochen trennen uns noch von dem Einsetzen der Periode, die wir mit dem Ausdruck Saison bezeichnen. Ob eine solche in diesem Jahre eintreten wird, erscheint sehr fragwürdig. Eins steht aber für uns Gewerkschaftler fest, wie auch die Zeiten sein mögen, ob gut oder schlecht, immer wird das Unternehmertum versuchen, um seines heiligen Profits willen die Existenzmöglichkeiten jedes arbeitenden Kollegen auf ein Minimum zu beschränken. Daran ändert nichts die Tatsache einer etwas besseren Bezahlung einzelner besonders wichtiger Arbeitskräfte wie Betriebsleiter usw. Das Gros der übrigen Arbeitnehmer muß die Schwere einer ungenügenden Entlohnung um so schärfer spüren.

Die Forderung einer gerechten, ausreichenden und volkswirtschaftlich tragbaren Entlohnung aller Arbeitnehmer im Gärtnergewerbe vertritt einzig und allein der Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter. Die Erfahrung lehrt, daß nur durch einen gesunden Tarifvertrag eine solche garantiert werden kann. Ein Lohnabkommen zu schaffen, wird die vornehmste Aufgabe unserer Danziger Verwaltung sein. Dazu bedarf es der Anspannung aller Kräfte. Deshalb ergeht der Ruf an alle, die an der wirtschaftlichen und sozialen Hebung des Gärtnerberufs ein Interesse haben, Gehilfen, Privatgärtner, Arbeiter und Arbeiterinnen, mitzuhelfen an diesem Werke, Mitglieder, Mitarbeiter und Mitkämpfer in unseren Reihen zu werden.

Das Bewußtsein, einer weltgeschichtlichen Bewegung anzugehören, Pioniere zu sein in dem großen Kampf der Arbeiterklasse um berechtigte Kulturansprüche, wird auch Euren Herzen die Befriedigung geben, aus der unsere Vorkämpfer immer neuen Arbeitsmut und neuen Arbeitswillen fanden.

M. S., Danzig.

Von der Hauptversammlung des Reichsverbandes für den Erwerbsgartenbau.

Zum Sonntag, den 21. Februar, hatte der R. f. d. d. G. zu seiner diesjährigen Hauptversammlung in Berlin aufgerufen. Trotz des reklamehaften Rahmens der „Grünen Woche“, der alten traditionellen Sammelveranstaltung der Landwirtschaft und ihrer Trabanten unter neuem Namen, war die Heerschau der Gartenbauern nur recht mäßig besucht. Von den 1200 Plätzen des Kammerlichtspielhauses waren höchstens 350 einschließlich aller Gäste besetzt. Daß man auf stärkere Beteiligung gerechnet hatte, zeigte die Verzögerung der Eröffnung um eine reichliche Stunde.

Die Begrüßungsansprache des Vorsitzenden Herrn Schetelig-Lübeck hatte zum Motto: Wir haben zum Jahresanfang wohl allen Anlaß, aber keine Zeit. Es war nicht festzustellen, ob das auch eine Anspielung auf die Notwendigkeit einer längeren Arbeitszeit sein sollte.

Die Eintragungslisten für das Volksbegehren zum Volksentscheid liegen vom 4. bis 17. März aus. Es ist Pflicht aller über 20 Jahre alten Kollegen und Kolleginnen, sich einzuzeichnen und dafür zu werben.

Sodann behauptete Herr Schetelig, daß sie ihre Forderungen auch für ihre Arbeitnehmer stellten, fügte aber als vorsichtiger Mann den Nachsatz und Wunsch hinzu, daß diese erkennen möchten, daß ihr Platz an der Seite der Arbeitgeber sei. Brachte er damit schon selbst zum Ausdruck, daß er keinen Auftrag der Arbeitnehmer hatte, der ihn zu seiner Behauptung hätte berechtigen können, so sei an dieser Stelle noch ausdrücklich festgestellt, daß seitens des Reichsverbandes im Laufe des verflossenen Jahres auch nicht einmal der Versuch gemacht ist, ein Einvernehmen mit den Arbeitnehmern über Wirtschafts- und Berufsrfragen herzustellen. Wir können einstweilen nur die Kühnheit bewundern, mit der solche Behauptungen aufgestellt werden. Boshafte Menschen könnten aus diesen Tatsachen den Schluß folgern, daß auch die anderen Behauptungen der gärtnerischen Unternehmer ähnlich schwach fundiert sind.

Der Hauptredner des Tages war Herr Gartenbaudirektor Grobden, der über die wirtschaftliche Lage des Gartenbaues sprach, doch eigentlich Neues oder Wesentliches nicht zu sagen wußte. Denn die Behauptungen, daß die Einfuhr von gärtnerischen Produkten aus Italien, Holland usw. zum Ruin der deutschen Gärtnerei führen müsse, daß die für den Gartenbau schon erheblich verringerten Steuern noch immer untragbar seien, sind so alt wie der Unternehmervverband selbst. In unserer Annahme, daß man auf dieser Kino-Tagung einmal diese Behauptungen durch Lichtbilder zu beweisen suchen würde, wurden wir jämmerlich enttäuscht. Aber auch andere Beweise zu erbringen, hatte man sich nicht die kleinste Mühe gemacht. So wußte Herr Grobden wohl die Zahl der Konkurse im allgemeinen, aber nicht die gärtnerischer Firmen; er beschränkte sich auch hier auf die Behauptung, die Gärtnerei sei an denen stark beteiligt.

Im übrigen weiß Herr Grobden auch alte Ladenhüter ganz wirkungsvoll vorzutragen, davon zeugt z. B. der Satz: „Gelingt es nicht, zu einem wirkungsvollen Schutzzoll zu kommen, dann ist schon besser völliger Freihandel.“

Ein guter Gedanke war der aus Holland übernommene von der Schaffung gärtnerischer Anbauzentren. Dann forderte er Staatskredite für den Ausbau der Frühgemüsekulturen unter Glas, derer er sich bekanntlich seit Jahrzehnten schon besonders annimmt. Sonst mahnte er zu größter Vorsicht bei Aufnahme von Krediten. Und dann kamen auch einige Sätze von den Arbeitnehmern. Bei den Löhnen sparen zu wollen, sei grundsätzlich falsch. Allerdings könnte die Gärtnerei keine Industrielöhne tragen, aber eine erhebliche Steigerung der Arbeitsleistung müsse erzielt werden, wobei er im unklaren ließ, ob er da an eine solche durch größere Anwendung von Arbeitsmaschinen oder durch noch stärkere Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft denkt. Die Anbahnung eines vertrauensvollen Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sei nötiger als bisher. Aber auch hier vermied Herr Grobden es sorgfältig, klarzulegen, wie er das meint; ob das durch Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen den beiderseitigen Verbänden oder etwa durch weitere Aufpöpelung der Junggärtnergruppen geschehen soll.

Wie schon eingangs bemerkt, sind irgendwelche Taten der Herren vom Reichsverbande zur Herbeiführung eines besseren Verhältnisses zu den organisierten Arbeitnehmern nicht zu verzeichnen, so daß uns zunächst nichts anderes übrigbleibt, als ihre Worte entweder nicht ernst zu nehmen, oder sie nach der anderen gekennzeichneten Richtung auszulegen. Sollten sie im letzteren Sinne gemeint sein, dann möchten wir mit Herrn Schetelig ihnen ein „Glückauf“ zurufen zu diesem „vertrauensvollen Verhältnis“.

„Nationale Aufklärung.“

Der Skandal Behrens-Meyer ist dem sog. Deutschen Gärtner-Verband, der trotz allem Verselbständigungsrummel nichts anderes als eine glücklicherweise immer unbedeutender werdende Gärtnergruppe im christlichen Landarbeiterverbande ist, recht stark auf die Nerven gefallen. So stark, daß der Vorsitzende Meystre seinem bedauernswerten jetzigen Schriftleiter die Feder aus der zitternden Hand nahm, um höchst eigenhändig zu dieser auch für den D. G.-V. sehr fatalen Angelegenheit einige „Feststellungen“ zu machen. Doch wenn schon Herr Meystre einen „Sachverhalt“ feststellen will, so ist das ganz sicher der richtige. —

Es ist für Meystre natürlich eine Selbstverständlichkeit, bei dieser Gelegenheit sich mindestens dreimal an einer angelegentlich roten „Gärtnerzeitung“ zu reiben. Einige Redewendungen lassen darauf schließen, daß er damit unsere „A. D. G.-Z.“ meinen könnte. Mit solchen Mätzchen beweist er lediglich, daß zu dem sonst nur aus Kleistertopf und Schere bestehenden Rüstzeug seiner „Deutschen

Gärtner-Zeitung“ auch noch ein roter Lappen gehört, der von einer vielseitigen Benutzung nicht sauberer geworden ist. Die Anwendung dieses zum Wildmachen von Ochsen dienenden Mittels zeigt, wie M. seine Mitglieder einschätzt. Doch er muß erfahren, daß infolge solcher Methoden derer immer weniger werden. Im übrigen macht die Vorliebe Meystres für recht „farbige“ Darstellungen uns sein in ein gelbes Gelb gekleidetes Auftreten als Führer einer sog. wirtschaftsfriedlichen Organisation so recht verständlich.

Dieser gelbe Pflanzling erhebt den Vorwurf des Hetzens und Verleumdens unter Verdrehung schon entstellte wiedergegebener Schilderungen, glaubt aber seinen Sermon besonders wirkungsvoll zu schließen, indem er mit Bezug auf „die rote Gärtnerzeitung“ meint, „man könnte von den haarsträubenden Vorgängen im sozialdemokratischen Firmverlag“ und von der Broschüre des Sohnes des verstorbenen Reichspräsidenten reden“. Dieser Reinlichkeitsfanatiker Meystre weiß natürlich sehr genau, daß der Firmverlag kein Verlag der sozialdemokratischen Partei ist, und daß unsere Zeitung weder mit diesem Verlag noch mit Ebert jun. das Geringste zu tun hat. Womit M. ein Zweites beweist, nämlich daß das Verleunden ihm wirklich nicht schwer wird, da es seine eigentliche wahre Natur ist. Doch einiges zu seinen „Feststellungen“ zu dem Skandal, zu dem er allgemein folgendes sagt: „Wir haben keine Veranlassung, wenig erbauliche Dinge zu beschönigen, deren Anhänger der christlich-nationalen Gewerkschaften beschuldigt werden. Bevor wir jedoch ein Werturteil abgeben, muß völlig Klarheit bestehen.“ Wie wenig man aber gerade in seinem Verbands die Klarheit liebt, zeigt M. gleich durch seine ersten Feststellungen: „Der Vorstand des Zentralverbandes der Landarbeiter hatte von diesem Vorgang (Quittungsleistung für ein Darlehen von 5000 M. der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände durch Behrens) keine Kenntnis. Auch von dem Vorgehen des Kollegen Meyer (2. Vorsitzenden) hatte der Vorstand des Zentralverbandes und auch Kollege Behrens keine Kenntnis.“ Diese Feststellungen werfen allerdings ein Licht, doch aber ein sehr sonderbares auf die seltsam „klaren“ Zustände im christlichen Landarbeiterverband. Durch die Zeugenvernehmungen des zur Untersuchung dieses Skandals eingesetzten Ausschusses des preußischen Landtages ist allerdings ebenfalls festgestellt, daß in diesem Verbands ein ganz wirrer Kuddelmuddel herrscht. Sitzen doch unter dem Dache des Hauses des Zentralverbandes etwa ein Dutzend Organisationen, von denen immer eine aus den anderen sich zusammensetzt, aber eine nichts von der anderen weiß. — So sind z. B. unter den 38 Genossen der „Gartenbau-Produktivgenossenschaft deutsche Eiche“, von denen eine Anzahl Gärtner inzwischen wieder ausgeschieden sind, folgende: Landwirt Wagner, Gewerkschaftssekretäre Behrens, Hülser, Wojcichowski, Christ, Brucker, Sauer, Scheck, Gattermann, Meyer, Jäger, der Generalvertreter der deutschen Volksversicherung Arendt, Bürobeamter Haß, Frauenarzt Dr. Behm und der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften. Dann besteht da eine „Deutsche Tracht-Gesellschaft“, die dem Vertrieb und der Herstellung einer „einheitlichen“ Bekleidung (in der gewöhnlichen Umgangssprache nennt man das Uniform) dient.

Weiter gibt's dort verschiedene „Landvolkgenossenschaften“, ja sogar eine „Landvolkbank“. Daß man sich trotz des Bestehens einer eigenen oder doch mindestens sehr eng angegliederten Bank wegen „Kartoffelkredite“ an Arbeitgeberorganisationen wendet, erhöht zweifellos den Reiz der ganzen Vorgänge bei einer so durcheinander organisierten und gemischten Gesellschaft. Ja, es läßt sich begreifen, wenn so ein armer, viel beanspruchter Mensch, wie der Reichstagsabgeordnete und Streichholz-Aufsichtsrat Behrens, von nichts mehr Kenntnis hat.

Zu der Feststellung, daß „also der Zentralverband der Landarbeiter mit der Sache nichts zu tun hat“, steht denn aber doch in seltsamem Widerspruch, daß nach seiner eigenen Aussage vor dem Untersuchungsausschuß Behrens quittiert hat, 5000 M. für den Zentralverband der Landarbeiter erhalten zu haben, und zwar nachdem er sich anfänglich geweigert habe. Weshalb mag er sich wohl erst geweigert haben? — Und trotzdem man Behrens' Weigerung durch eine harmlosere Formulierung überwunden hatte, verblieb natürlich dieser „ohne Kenntnis“. — Wir hatten ja, zum Glück vor langen Jahren, selbst die zweifelhafte Ehre, diesen Herrn Behrens persönlich kennen und schätzen zu lernen und wissen daher uns seine Oberflächlichkeit bei der Quittungsunterschrift wohl zu erklären. Solche Dinge sind ihm so vertraut, zur Gewohnheit geworden, daß er nach seiner Aussage ihnen keinen großen Wert beilegt.“ Es war ja doch nicht das erste und einzigste Mal, da er und seine Jünger im christlichen Landarbeiterverbände und dessen Anhängeln Gefälligkeiten von Arbeitgebern erbat und erhielten. So wird gerade jetzt ein neuer Streich einer seiner getreuesten Schidknappen und Nachfolger, des früheren Vorsitzenden des D. Gärtner-Verbandes Hülser, bekannt. In einem Rundschreiben des christlichen Landarbeiterverbandes wird folgendes ausgeführt:

„Ab 1. Januar gibt Kollege Hülser die ‚Schlesische Landpost‘ heraus. Um jeder irrigen Auffassung von vornherein den Boden zu entziehen, stellen wir ausdrücklich fest, daß der Zentralverband der Landarbeiter mit dieser neuen Zeitung genau so wenig zu tun hat wie mit anderen privaten Zeitungsunternehmungen. Wir stehen der Gründung des Blattes fern, haben auf den Inhalt keinen Einfluß und lehnen daher auch die Verantwortung für die Veröffentlichungen der ‚Schlesischen Landpost‘ ab.“

Hülser ist Bezirksführer des christlichen Landarbeiterverbandes in Schlesien und gibt als solcher ein Blatt heraus, gegen das derselbe Verband Stellung nimmt. Das ist auch ein Beispiel von den so sonderbar „klaren“ Verhältnissen dieses Verbandes. Aber auch diese Sache klärt sich nach derselben Richtung auf. Als nämlich die „Rundschau“ (das Verbandsorgan des Zentralverbandes) damit begann, einen radikaleren Ton anzuschlagen, entstand eine starke Entrüstung bei den landwirtschaftlichen Arbeitgebern Schlesiens. Sie konnten es einfach nicht verstehen, daß eine Organisation, der man alle Hilfe und Unterstützung angedeihen ließ, dieses Entgegenkommen ausgerechnet mit der Verschärfung der Schreibweise ihres Organs dankte. Die Folge war, daß man sich beschwerdeführend an den Bezirksführer Hülser wandte, von dem feststeht, daß er den landwirtschaftlichen Arbeitgebern Schlesiens schon durch die Übertragung eines Reichstagsmandats an ihn sehr verpflichtet ist. Herr Hülser lenkte ein und erklärte sich damit einverstanden, den schlesischen Mitgliedern des Zentralverbandes der Landarbeiter eine andere Lektüre in Form der „Schlesischen Landpost“ in die Hand zu geben.

In welcher Weise die Finanzierung dieser Zeitung geregelt ist, dürfte für jeden mit gesundem Menschenverstand ausgerüsteten klar sein.

Also die „Feststellungen“ in der armseligen „Deutschen Gärtnerzeitung“ nützen nichts mehr. Mögen Einzelheiten in der Parteienkampf nicht immer ganz zutreffend gesehen sein, das System, das Wesen des „nationalen“ Landarbeiter- und Gärtnerverbandes ist in aller Öffentlichkeit entschleierte. Und als Nächstbeteiligte ist es unsere Pflicht, auch unsere Berufskollegen in möglichst Ausführlichkeit davon zu unterrichten.

Es wäre noch manches zu den „Feststellungen“ Meystres zu sagen. Doch wir müssen und möchten uns beschränken auf das Wichtigste. So stellt M. fest, daß der Fememörder Schulz niemals Angestellter des Z. d. L. war. Demgegenüber sagte der geschäftsführende Vorsitzende des Z. d. L. Meyer vor dem Untersuchungsausschuß aus, daß Schulz sich bei ihm beworben hat, und daß er von ihm angestellt worden ist. Als ihm nach einigen Monaten gesagt wurde, Schulz sei am Küstriner Putsch beteiligt gewesen, habe er ihn zur Rede gestellt, und nachdem Sch. das bestritten, ihn in seiner Stellung belassen. Warum also das Gaukelspiel?

Eine Feststellung allerdings ist für uns sehr wichtig. Meystre schreibt: „Die ganze Angelegenheit hat mehr noch wie ein gewerkschaftliches, ein politisches Gesicht.“ Gegenüber seinen ständigen Verleumdungen, unser Verband sei ein politisch abgestempelter, ist das Zugeständnis, daß der Vorstand des christlichen Landarbeiter- und Gärtnerverbandes in solchem Maße politisch sich betätigt, außerordentlich wertvoll. Und es ist wiederum sehr reizvoll, durch den Untersuchungsausschuß festgestellt zu erhalten, daß der Vorsitzende Meyer über ein Konto „Ausschuß für soziale Aufklärung“ verfügt, daß dieser Ausschuß aus ihm allein besteht, daß auf dieses Konto durch Schulz während seiner Tätigkeit für den Z. d. L. Geldeinzahlungen aus dunklen Quellen erfolgt sind, und daß nach der Verhaftung des Schulz weitere 5020 M. auf dieses Konto eingingen. Über die Herkunft dieses Geldes befragt, erklärte Meyer in großer Erregung, daß er über die Herkunft und Verwendung von Geldern zu politischen Zwecken niemandem Rechenschaft zu geben habe. Dazu erklärte der demokratische Abgeordnete Riedel, unter den aus diesem Konto ersichtlichen Namen befänden sich einige ihm bekannte Gutsbesitzer, auf deren Besitzungen Arbeitskommandos der „Schwarzen Reichswehr“, aus denen bekanntlich die Fememörder entstammen, untergebracht waren.

Dieses „politische Gesicht“ der Führer der christlichen Landarbeiter und Gärtner genügt uns. Für jeden Gewerkschafter sind diese Leute um Behrens und Meyer erledigt.

Das Volksbegehren.

Die gewaltige Bewegung im deutschen Volke gegen eine aufgewertete Abfindung seiner ehemaligen Fürsten hat einen ersten Erfolg bereits zu verzeichnen. Am 4. Februar fand das sogenannte Sperrgesetz die Zustimmung des Reichstages. Dieses Gesetz bestimmt, daß alle Auseinandersetzungs-Prozesse mit Fürstenhäusern bis zur reichsgesetzlichen Regelung der Abfindungsfrage auszusetzen sind. Nach einer Bekanntmachung der Reichsregierung werden die Listen für das Volksbegehren

in der Zeit vom 4. bis 17. März ausliegen. Die Regierung ist ihrerseits bestrebt, die gegenwärtig im Reichstage geführten Kommissions- und sonstigen Verhandlungen baldigt zu einem gesetzlichen Abschluß zu bringen, der eine vom Volksbegehren gewollte entschädigungslose Enteignung ablehnt. Einen Beleg dafür, daß aber selbst deutschnationale Kreise gegen die Handhabung des formellen Rechts in dieser Frage sehr starke Bedenken haben, bietet ein Aufsatz der „Dresdener Nachrichten“, in dem gesagt wird, „daß die herangezogenen Verordnungen und Bestimmungen früherer Jahrhunderte zwar formal noch gültig wären, aber auf die heutigen Verhältnisse unmöglich mehr angewandt werden können“. Die von dem evangelischen Pfarrer Schlunck in Melsungen herausgegebene Wochenschrift „Kirche und Welt“ nimmt sehr entschieden Stellung gegen die Fürstenansprüche und verweist auf die Vorgänge von 1866, wo das Eigentumsrecht der Fürsten von den Hohenzollern nicht beachtet wurde. Sollen nun jetzt, so heißt es wörtlich, z. B. die damals vom König von Preußen geraubten Schlösser in Kassel und Wilhelmshöhe den Hohenzollern vom deutschen Volke noch einmal bezahlt werden, oder soll der schmalckaldische Wald, den der König von Preußen dem Herzog von Gotha gab, dem Herzog jetzt vom deutschen Volke entschädigt werden?“

Als im Kriege 1866 das mit Österreich gegen Preußen verbündete Hannover die Waffen strecken mußte, wurden zwischen den Königen von Preußen und Hannover Verträge bezüglich des letzteren Privatvermögens geschlossen. Unter Bruch dieser Verträge legte aber der Preußenkönig auf das seinem Machtbereich unterliegende Vermögen des Hannoveraners Beschlag, und Bismarck, sein getreuer Ratgeber und anerkannt bedeutendster Staatsmann, unternahm nicht etwa den Versuch, durch die Gerichte den Rechtsanspruch des enteigneten Königs von Hannover nachprüfen zu lassen. Er erklärte vor dem Landtage ganz offen, daß er sich lediglich von politischen Gründen leiten lasse, unter denen die angeblichen „welfischen Umtriebe“ der Anhänger des entthronten hannoverschen Königs an erster Stelle standen. „Über juristische Zwirnsfäden werde die königliche Regierung nicht stolpern“, erklärte Bismarck im preußischen Landtag, und dessen konservativ-liberale Mehrheit jubelte ihm zu.

Nicht besser als dem König von Hannover ging es dem Kurfürsten von Hessen, der gleichfalls in jenem Kriege sein Land verlor.

Aus der Geschichte der Beschlagnahme des Vermögens des Königs von Hannover und des Kurfürsten von Hessen ist so recht ersichtlich, mit welcher Skrupellosigkeit die Hohenzollern Fürsten enteigneten, wenn es ihnen zweckmäßig erschien. Und nun, wo es mit ihrer Kaiser- und Königsherrlichkeit aus ist, soll das deutsche Volk über die „juristischen Zwirnsfäden“ stolpern, über die Bismarck spottete. Wo sind übrigens die Rechtsgrundlagen für die Besitztitel der Hohenzollern und der übrigen abgedankten Herrschaften? Es sind vergilbte Pergamente, in denen die Herren von Gottes Gnaden allergnädigst geruhten, große Teile des Volksvermögens in die höchstene unergründliche Tasche zu stecken. Die gelehrten Richter haben vor solchen Raubdokumenten einen ungeheuren Respekt und betrachten sie als vollgültige Beweise für die Rechtmäßigkeit des zusammengeräuberten Besitzes. Das Volk ist nicht so respektvoll, es hat kein Vertrauen zu einer Justiz, die, abgesehen von so vielen anderen Dingen, gerade in den Auseinandersetzungen mit den Fürsten so schmählich versagt hat. In der Auseinandersetzung mit den abgedankten Fürsten muß nach dem Vorbild gehandelt werden, das die Hohenzollern gegeben haben. Hier darf man nicht über „juristische Zwirnsfäden“ stolpern, sondern das natürliche Rechtsempfinden des Volkes muß entscheiden. Und dieses verlangt entschädigungslose Enteignung der Fürsten.

Auch unsere Mitglieder werden ihre Pflicht als Bürger unseres Volkes und als Republikaner erfüllen und sich in die ausgelegten Listen für das vom ADGB. gebilligte Volksbegehren eintragen gegen die Habsucht der Fürsten, für das allgemeine Wohl des Volkes!

Zur Betriebsratswahl.

In Ergänzung des in Nr. 4 gebrachten Aufrufes für die Neuwahlen der Betriebsvertretungen lassen wir die wichtigsten Wahlvorschriften nachstehend folgen.

Wer ist wahlberechtigt?

Alle mindestens achtzehn Jahre alten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer, die im Betriebe beschäftigt sind, wenn sie die bürgerlichen Ehrenrechte haben.

Wer ist als Vertreter im Betriebsrat wählbar?

Erfahrene, sachkundige Leute (Männer oder Frauen). Deshalb schreibt das Gesetz vor, daß gewählt werden kann, wer am Tage der Wahl:

- a) mindestens 24 Jahre alt,
 - b) deutscher Reichsangehöriger,
 - c) mindestens sechs Monate im Betriebe beschäftigt ist,
 - d) dem Berufe oder Gewerbe mindestens 3 Jahre angehört.
- Wo nicht genügend Arbeitnehmer beschäftigt sind, die den Bedingungen zu c) und d) entsprechen, kann von diesen Voraussetzungen Abstand genommen werden.

Wie viele Mitglieder des Betriebsrates sind zu wählen?

Es wählen:

- Betriebe von 20 bis 49 Arbeitnehmern 3 Mitglieder,
- Betriebe von 50 bis 99 Arbeitnehmern 5 Mitglieder,
- Betriebe von 100 bis 199 Arbeitnehmern 6 Mitglieder,
- Betriebe von 200 bis 399 Arbeitnehmern 7 Mitgliedern usw.

Wie ist das Verfahren bei der Einleitung der Wahl des Betriebsrates?

a) Der im Amte befindliche Betriebsrat hat spätestens vier Wochen vor Ablauf seiner Wahlzeit mit einfacher Stimmenmehrheit einen aus drei Wahlberechtigten bestehenden Wahlvorstand und einen der Gewählten zum Vorsitzenden zu wählen.

b) Die Wahl ist durch diesen so gewählten Vorstand unverzüglich nach seiner Aufstellung einzuleiten und soll spätestens nach sechs Wochen stattfinden.

c) Der Wahlvorstand stellt eine Liste der Wahlberechtigten auf, getrennt nach Arbeitern und Angestellten. Lohnlisten oder Krankenkassenlisten können dazu benutzt werden.

d) Spätestens zwanzig Tage vor der Wahl erläßt der Wahlvorstand ein Wahlausschreiben, am besten durch Aushang an einer dazu geeigneten Stelle (Schwarzes Brett), im Betrieb. Das Wahlausschreiben muß angeben, wo und wann die Wählerliste drei Tage lang ausliegt und einzusehen ist, wieviele Mitglieder des Betriebsrats von den Arbeitern und den Angestellten und wieviele Ergänzungsmitglieder für den Arbeiterrat und den Angestelltenrat zu wählen sind, bis wann die Vorschlagslisten für die Bewerber einzureichen sind (spätestens eine Woche nach dem ersten Aushang), wo die Vorschlagslisten zur Einsicht ausgelegt sind, wo vor der Wahl die Umschläge (Kuverts) für die Stimmzettel in Empfang genommen werden können.

Wie wird der Betriebsobmann in kleinen Betrieben gewählt?

In Betrieben, die weniger als 20 Arbeitnehmer beschäftigen, darunter wenigstens fünf Wahlberechtigte, von denen drei wählbar sind, ist ein Betriebsobmann für die Arbeiter zu wählen. Die Wahl erfolgt unter Leitung des ältesten Arbeitnehmers der betr. Gruppe im Betriebe durch geheime Abstimmung. Der Obmann muß ebenfalls den bereits genannten Bedingungen der Wählbarkeit entsprechen.

Ganz besonders machen wir unsere Mitglieder auf die Wichtigkeit einer gewissenhaften Auswahl der Betriebsratkandidaten aufmerksam. Als solche sollten nur erprobte Freigewerkschafter, keine fragwürdigen Eintagsfliegen mit dem einzigen Patengeschenke eines hervorragenden Mundwerks, keine Falsch- oder gar Unorganisierte aufgestellt werden, denn an Enttäuschungen auch nach dieser Seite hin sind wir reich genug.

Aber an alle die, die das Zeug zu einem Vertreter der Arbeiterinteressen haben, sei der dringlichste Appell gerichtet, sich diesem Ehrenamte nicht zu entziehen, sondern ihr Wissen und Energie der Gesamtheit zur Verfügung zu stellen.

Auszeichnung langjähriger verdienster Arbeitnehmer.

Die berufsständigen Vertretungen wie Gewerbe-, Handels- und Landwirtschaftskammern haben sich in den letzten zwei Jahren vielfach mit der Wiedereinführung oder Erweiterung von Auszeichnungen Berufsangehöriger durch Ehrenzeichen beschäftigt. Neben höheren Auszeichnungen für bestimmte hohe Leistungen hat man auch an langjährig beschäftigte Arbeitnehmer tragbare Ehrenzeichen eingeführt. Die Einstellung der Arbeitnehmer hierzu hat im letzten Jahrzehnt eine erhebliche Gesundung nach der Richtung erfahren, daß die große Mehrzahl der Arbeitnehmer sich sagt, ein Ehrenzeichen nützt mir gar nichts. Habe ich Jahrzehnte hindurch meine Arbeitskraft einem Unternehmen zur Verfügung gestellt, dann bereitet man mir mehr Freude, wenn ich nach einem gewissen Zeitabschnitt durch eine geldliche Anerkennung abgefunden werde. Wir Arbeitnehmer sind sowieso mit Glücksgütern nicht belastet.

Auch die Fachkammern für Gartenbau bei der Landwirtschaftskammer in Sachsen nahm in ihrem neu errichteten Ausschuß für Arbeitnehmerwesen unter anderem zu dieser Frage Stellung. Vorgesprochen wurde durch den Kammervorstand, allen 25 Jahre auf einer Stelle beschäftigten gärtnerischen Beamten, Angestellten oder Arbeitern auf Antrag ein tragbares Ehrenzeichen mit entsprechender Urkunde durch die Fachkammer zu gewähren. Sowohl die Arbeiter wie auch Beamtenvertreter im Ausschuß verlangten die Gewährung einer geldlichen Anerkennung oder guter Fachbücher mit ent-

Jedes neuaufgenommene Mitglied erhöht die Kraft des Verbandes. Gesteigerte Kraft der Gesamtheit nützt auch dem einzelnen. Darum werbe jeder neue Mitglieder!

sprechenden Widmungen und lehnten ein Ehrenzeichen als überlebt ab. Die Arbeitgeber-Vertreter hielten es für richtig, daß ein solcher Jubilar außer einem Ehrenzeichen auch geldlich anzuerkennen sei, um der Auffassung der Arbeitnehmer hierbei entgegen zu kommen. Die geldliche Anerkennung sei aber Sache des Arbeitgebers des Jubilars. Man einigte sich dann zu folgendem Beschluß:

Die Fachkammer wird gebeten:

a) Ehrenzeichen zu stiften und zu verleihen Arbeitnehmern, die 25 Jahre und mehr im Dienst eines beitragspflichtigen Gartenbaubetriebes stehen;

b) den betreffenden Arbeitgebern nach erfolgtem Antrag schriftlich und außerdem allgemein im Amtsblatt zu empfehlen, den Jubilaren einen entsprechenden Geldbetrag zu bewilligen;

c) zu beschließen, daß Arbeitgeber wie Arbeitnehmer berechtigt sind, Anträge auf Verleihung der Ehrenzeichen bei der Fachkammer zu stellen.

Bei der Abstimmung enthielten sich die Arbeitnehmer bei a) der Stimme, während unter b) und c) allseitige Zustimmung erfolgte. *)

L. Haucke, Dresden.

Soziale Selbsthilfe oder ... ?

Durch die in Nr. 1 unserer Zeitung zur Veröffentlichung gekommene „Umfrage betr. Einrichtung von Kassen“ wird eine Angelegenheit ins Rollen gebracht, die wert ist, einer ausgiebigen Aussprache zu dienen. —

Durch die immer weiter fortschreitende Industrialisierung Deutschlands und seiner Nachbarländer wird die Proletarisierung immer größerer Volksschichten fortgesetzt, das heißt: Immer mehr Volksgenossen — von jedem Besitz, von Grund und Boden oder anderen Gütern befreit — nennen derart geringe Mittel ihr Besitztum, daß sie wirtschaftstechnisch keine Rolle spielen. Die Betroffenen behalten nur noch ihre Arbeitskraft, die sie auf dem Arbeitsmarkt gegen Lohn oder Gehalt veräußern müssen. Dieser Handel bringt gegenwärtig aber nur soviel ein, daß es höchstens der ganz jungen Generation teilweise noch möglich ist, unbeschwert von den Tagesmiseren, die Zeit gedankenlos zu leben. Anders bei den Älteren und den Alten, die fünfzig Lenze hinter sich haben. Denen malen sich die Tage grau in grau.

Die Entlohnung der Vollarbeiter ist bekanntlich derart, daß zur Not noch die notwendigsten täglichen Bedürfnisse erschwungen werden können. Rücklagen auf Sparfonds für spätere, schlechtere Tage sind unmöglich geworden. Für die von der nun schon jahrelang andauernden — und bei gleichbleibendem System überhaupt kaum wieder zu bannenden — Krise durch Kurzarbeit oder dauernde Untätigkeit Betroffenen sind die Lebensbedingungen derart hart, daß es wundert, wie ernsthafte Komplikationen noch so lange haben vermieden werden können.

Unter solchen Umständen ist es begreiflich, daß Gedankenregungen in der Richtung zur Sicherung der mit zunehmendem Alter unvermeidlich werdenden Verschärfung des Kampfes des einzelnen ums Dasein kommen, um Mittel und Wege zu suchen und zu finden, die das vermeiden sollen. In dem schon eingangs angezogenen Artikel unserer Hauptverwaltung werden dahinzzielende Vorschläge zur Erörterung gestellt.

Mir will es bei Betrachtung all der Anregungen scheinen, als ob da etwas in die Wege geleitet werden soll, das gewiß gut gemeint, jedoch an der harten Wirklichkeit scheitern muß.

Alle diese evtl. in Aussicht genommenen Sonderkassen werden sicher nur von einem kleinen Kreis getragen werden können. Denn das ist wohl unbestreitbare Tatsache, daß von den erzielten Bruttolöhnen die Abgänge für Steuern, Sozialversicherung u. v. a. m. einen derart hohen Satz ausmachen, daß er gerechterweise kaum noch überschritten werden kann und darf.

Selbstverständlich bestehen die von den Trägern dieser Anregungen gemachten Forderungen zu Recht. Die in den Betrieben und Verwaltungen von Kommunen, Staat und ähnlichen Körperschaften Beschäftigten sind ja gegen die genannten Gefahren zum Teil gefeit. Und warum müssen alle anderswo Tätigen anders gewertet werden?

Der im privaten Dienst Stehende hilft genau so produktive Werte schaffen und trägt genau so zum Wohlergehen der Gesamtwirtschaft bei, daß es nicht erst besonderer Anregungen bedürfte, um ihm eine Gleichstellung mit seinem Arbeitsgenossen von der andern Fakultät zu gewähren.

Freilich gibt die gegenwärtige Gesellschaft Alten und Unmöglichen Almosen. Aber auch nur das! Diese Art der Behandlung läßt die Betroffenen in vielen Fällen lieber auf solche „Hilfe“ Ver-

*) Nach unserer Auffassung verstößt dieser ganze Ordensklimbim gegen Artikel 109 der Reichsverfassung. Er ist daher juristisch nichtig und menschlich eine kindische Spielerei, die eines aufrechten Mannes unwürdig ist.

Die Schriftleitung.

zicht leisten, und Tages- und Polizeiberichte lassen zur Genüge erkennen, warum der Selbstmord zur Epidemie zu werden droht.

Was wir also verlangen müssen, ist: Volle Sicherung der Existenz bei Unfall oder im Alter durch die Allgemeinheit, den Staat. Man sage nicht: Das geschieht ja schon heute und bringe als Beweis die heute geltenden Bestimmungen der Alters- und Invalidenversicherung. Es ist schon oben gesagt worden, daß die hier gezahlten Sätze nur als Almosen gewertet werden können. Man wende auch nicht ein: Die zur Aufbringung der bei einer Aufbesserung der Sätze und Änderung der Bezugsberechtigung erforderlichen Mittel sind unaufbringlich. Das wäre Schwindel! Wir sind gegen Einwendungen solcher Art seitens unsrer staatlichen und wirtschaftlichen Machthaber äußerst mißtrauisch, mindestens sehr kritisch eingestellt. Kurz nach der schwersten Krise, die Deutschland je erlebte, der noch in aller Erinnerung stehenden Inflation, war des Stöhnens über die Leere der staatlichen Geldschränke kein Ende. Und eines Tages erfuhr die staunende Mitwelt, daß die Ruhrindustriellen die berüchtigte 700-Millionen-Entschädigung aus den bis dahin leer sein sollenden Kassen erhalten hatten. Und gerade im gegenwärtigen Augenblick kräht jedes im kapitalistischen Solde stehende Blättchen nach Staatshilfe — Krediten — zur Aufrechterhaltung des Systems. Und bei der Denkweise des Heute wird dem Geschrei gewiß auch abgeholfen.

Und das arbeitende Volk? Es steht dabei und glaubt, sich selbst helfen zu müssen und zu können. Gewiß: es würde möglich sein, in diesem oder jenem Falle eine Linderung der Not des verbrauchten Kollegen zu erreichen. Doch das sind unzureichende Mittel.

Unsere Forderungen müssen zwangsläufig und an die Gesellschaft gerichtet sein. Es geht nicht an, daß man „das Spiel der freien Kräfte“ mit allen Feinessen fördert und im Krisenfälle mit allen Mitteln gegen seine Widersacher schützt. Daß man dem Teil der Schaffenden, die man hochtrabend „Beamte“ nennt, nicht nur in voller Lebensfrische einen, an den Allgemeinverhältnissen gemessen, ausreichenden Sold gibt und für alle Lebenszeit sichert, daneben den in den gleichen Arbeitsstätten beschäftigten „Arbeitern“ eine Karrikatur von Sicherheit gönnt und alle anderen in der „freien Wirtschaft“ Tätigen der Selbsthilfe oder dem Untergang überantwortet.

Dazu kommt noch ein anderes. Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, Presse, Polizei, „Recht“sprechung und sonstigen wohlwollenden Organen, versucht man, dem arbeitenden Volke klarzumachen, daß die Wirtschaft nur bei niedrigen Löhnen floriere. Man sagt das eine und meint doch nur das System, das den einen seines Lebens nicht froh werden läßt und dem andern Ruhe und Behaglichkeit garantiert.

Darum lassen wir alle Spielerei der Selbsthilfe weg und fordern die Moralprediger der andern Seite in die Schranken. Wir haben doch heute, glaube ich, Vertreter in allen Instanzen genug, die dort mit dem nötigen Nachdruck Änderung heischen können. Freilich darf dabei eins nicht außer acht gelassen werden: Solche Forderungen dürfen nicht nur dem Führer überbracht und seiner Anbringung an geeigneter Stelle überlassen bleiben. Die Erfahrung hat gelehrt, daß in vielen Fällen die Beauftragten durch irgendwelchen Umstand in Stellungen kamen, die ihnen die von uns geforderten Sicherungen brachten, und die sie auch für sich voll in Anspruch nahmen. Bei anderer Gelegenheit waren dann die gleichen Freunde Sängler der von der bekannten Seite empfohlenen Melodie der gedrosselten und gefährdeten Rentabilität der Wirtschaft.

Deshalb Augen auf! Denkt alle über den Ernst der Lage nach. Hämmer das Wollen nach Sicherung der Enterbten und mit allen Lasten Bepackten derart in Euer Innerstes, daß es dort unausrottbar ist. Nach außen fordert das Recht, das mit jedem von uns geboren: Durchs Leben zu kommen als ganzer Mensch!

Willv. Wilsner, Berlin.

Blumengeschäfte

Münchener Quartierhebeln gegen den Reichstarif.

Nachdem der Verband der Blumengeschäftsinhaber durch eine besondere Umfrage an alle seine Ortsgruppen die Zustimmung zum Abschluß des im Tarifausschuß neuvereinbarten Reichstarifes eingeholt hatte, ist endlich dessen Allgemeinverbindlichkeit beiderseits beantragt worden. Nach diesen allen gerecht werdenden Vorberatungen konnte angenommen werden, daß nunmehr die letzte Phase glatt verlaufen würde.

Da berichtet unsere Ortsgruppe München, daß der dortige Verein der Blumengeschäftsinhaber gegen die Allgemeinverbindlichkeit Einspruch erhoben und verlangt habe, München davon auszunehmen. Als Begründung leisteten die Herren sich den Scherz, zu behaupten sie seien zur Verhandlung über den Reichstarif nicht geladen worden. Tatsächlich hat der letzte Verhandlungstag der Geschäftsinhaber in Kassel über diesen Tarif verhandelt und seinen weiteren Abschluß beschlossen. Nach altem Brauch und wohl selbstverständlich ein Tarifvertrag nicht einfach durch Beschlüsse einer Seite zu-

Die Geschichte der Menschheit ist ein unaufhörlicher Widerstreit zweier Grundtriebe, die den Rhythmus des Lebens ausmachen: der Trieb, den Besitzstand zu mehren, zu verteidigen; er hängt sich an Gewesenes und sperrt sich ängstlich ab gegen jede Änderung — und der Trieb, bestehende Schranken zu durchbrechen. Sein Feldruf ist: Vorwärts, immer weiter, immer höher. Auf jede Epoche des Fortschritts folgt eine Periode der Engherzigkeit und des Rückschritts, aber ein solcher Rückzug dient nur einem neuen Ansturm — und wieder geht es vorwärts.

Romain Rolland.

stande kommen kann, mußten die weiteren Verhandlungen und der endgültige Abschluß dem im Tarife vorgesehenen Tarifausschuß übertragen werden. Es ist also völlig einwandfrei verfahren.

Wenn trotzdem durch diese unzutreffende und schiefe Darstellung der Münchener Verein der Blumengeschäftsinhaber sich eine neue Blamage holt und als Hort finsterster Reaktion erscheint, so ist das im Interesse der Mehrzahl der Geschäftsinhaber vielleicht zu bedauern. Doch das kommt davon, wenn man sich in München von dem unheilvollen Einfluß eines Mannes, der wegen eines angeborenen armseligen Adelprädikats sich in einer schlimmen Selbsttäuschung über seine beruflichen und geistigen Qualitäten befindet, nicht freimachen kann. Solche Kleingeister haben durch ihr Eingreifen in die Speichen des Rades der Entwicklung zum Glück dieses noch niemals wirklich aufhalten können. So wird die Allverbindlichkeit kommen auch für München.

Lehrlings- und Bildungswesen

Obergärtnerprüfung in der Rheinprovinz.

An der Obergärtnerprüfung im Februar 1926 haben bei 26 Meldungen 15 Obergärtner teilgenommen. Von diesen erhielten die Note Gut: 10, die Note Genügend: 5 Prüflinge. Die Prüfung ließ erfreulicherweise erkennen, daß sich die Prüflinge eifrig auf die Prüfung vorbereitet hatten. Meldungen für die nächstjährige Prüfung haben bis 1. Juli an die Landwirtschaftskammer Bonn, Endericher Allee 60, zu erfolgen.

Berichte

Johannes Koker †.

Nach achtmonatigem Kranklager verstarb unser treuer Mitkämpfer Johannes Koker infolge innerer Erkrankungen. Seit Kriegsende hat Koker sämtliche gärtnerischen Lohn- und Arbeitskämpfe in Dresden führend miterlebt. Als Mitglied der Landes- und örtlichen Tarifkommission, des Orts- und Gauvorstandes, sowie als Betriebsrat und Betriebskassierer in der Firma Hauber, stand er jederzeit im fordersten Treffen und leistete ernste gewerkschaftliche Arbeit. Auch fachlich stand er auf voller Höhe. 1924 unterzog er sich der Obergärtner-Prüfung und bestand diese. Ende 1924 wurde ihm die Stellung eines Fachvermittlers im Öffentlichen Arbeitsnachweis Dresden angeboten, die er allerdings nur 6 Monate bekleiden konnte. Plötzlich wurde er aufs Kranklager gerissen, von dem er sich nicht wieder erheben sollte.

Die sächsische Kollegenschaft betrauert in Johannes Koker einen treuen Waffengefährten, dem leider zu früh ein Ziel gesetzt wurde.

Die Gauleitung Dresden.

Jubiläum.

Ein leuchtendes Vorbild ist unser 66-jähriges Mitglied, Kollege Wilh. Fuhrmann, Remscheid. Seines 50-jährigen Berufsjubiläums konnte leider nicht zur rechten Zeit gedacht werden, da die Inflation unsere Verwaltung Remscheid auch fast ganz vernichtet hatte. Koll. Fuhrmann begann seine Lehrzeit am 2. Februar 1874. Trotz seines hohen Alters ist er ein fleißiger Versammlungsbesucher, ist immer hilfsbereit und steht seinen Mann, wenn die Organisation ihn braucht. Wir wünschen unserem alten Kämpfer noch viele Jahre erfolgreiches Wirken in unseren Reihen.

Ein interessanter Lohnstreitfall

wurde am 26. Januar von unserer Gauleitung am Gewerbegericht in Essen angetragen: Eines unserer Mitglieder hatte als Hilfsarbeiter 3 Wochen in einer Schreinerei gearbeitet. Ihm wurde der für das Holzgewerbe vereinbarte Tariflohn nicht gezahlt. Auf diese Differenz von 28,30 M. klagten wir. In der Verhandlung machte die beklagte Firma geltend, R. sei nicht Mitglied einer der vertragsschließenden Parteien, der Tarif auch nicht für allgemein verbindlich erklärt, und beantragte Abweisung der Klage. Bezüglich Anspruch auf Tariflohn trat das Gericht dem Arbeitgeber bei. Nunmehr wurde Klageantrag auf 14 Tage Lohn wegen fristloser Entlassung erhoben (der Tarif schloß Kündigung aus). Dem wurde stattgegeben und die Firma nicht zu 28,30 M., sondern zu 70,08 M. für 12 Arbeitstage wegen fristloser Entlassung verurteilt.

Nichts gesät und doch geerntet.

Im Frühjahr 1925 suchte der Fabrikdirektor H. in Campe (Unterelbe) einen nationalen Gärtner. Als solcher meldete sich ein Heinrich K. und wurde auch eingestellt. Man vertraute ihm für etwa 200 M. Sämereien zur Aussaat an. Außerdem wurde ihm ein Tesching ausgehändigt, damit K. die wilden Kaninchen ausrotten sollte. Das Tesching verkaufte er für 5 M., während er die Sämereien ebenfalls in bare Münze umsetzte. K. versäumte aber nicht, im Schweiße seines Angesichts den Garten fix und fertig zu stellen, derart, daß sein Arbeitgeber annehmen mußte, daß seine neuen Sämereien wohlgebetet im Schoße der Erde schlummerten, und demnächst zu neuem Leben zu erwachen. Außerdem erschwandte sich K. bei Bekannten Geldbeträge, ohne die Absicht gehabt zu haben, sie wieder zurückzuerstatten. Da er bereits erhebliche Vorstrafen wegen Betrug und Unterschlagung aufzuweisen hatte, wurde ihm eine Gesamtgefängnisstrafe von 8 Monaten auferlegt, die K. auch annahm.

Es wimmelt in letzter Zeit geradezu von Veruntreuungen im nationalen Lager. Dort scheint sich alles Pack zusammenzufinden, um unter dem Deckmantel des Nationalismus sein Schäfchen zu scheren.

Knechtsseelen.

So wie es Anfang 1919 überall zum guten Ton gehörte, sich einer Gewerkschaft anzuschließen, um dann feste zu schimpfen, wenn nicht gleich alle Wünsche in Erfüllung gingen, so gibt es jetzt eine neue Möglichkeit für Konjunkturpolitiker, den Mantel nach dem Wind zu hängen, das ist die völkische Bewegung in all ihren Abarten und Schattierungen vom Dummjungenkonvent über die Judenresser bis zum geschulten Fememörder. Allen ist aber ein äußeres Abzeichen ihrer verschrobenen Gesinnung eigen: das Hakenkreuz, das — o Ironie — bereits von den alten Hebräern als eine Art Amulett getragen worden sein soll. Auch unter unsere Berufsjugend hatte sich die Seuche eingeschlichen, glücklicherweise ist sie bereits wieder im Abflauen begriffen. Trotzdem sind wir heute in der Lage, ein paar Prachtexemplare aus dem „Thalacker“ vom 9. 1. und aus dem „Allg. Samen- und Pflanzenanzeiger“ vom 6. 1. vorzuführen. Der eine benutzt das Hakenkreuz als Lockmittel, der andere preist sich als Jungdo an; beide sind einander wert. Sie machen aus einer politischen Auffassung, die sie vielleicht gar nicht kennen, ein Geschäft. Man lese:



Gärtnergehilfe

20 Jahre, erfahren in Baumsch., Topfpflanzen-Kulturen, Gemüsebau und Binderei, sucht zum 15. Januar oder 1. Februar Dauerstelle in Guts- od. Handelsgärtnerei. Angebote mit Gehaltsansprüchen an E. L. in G.

Gehilfe

19½ J. alt, Prüfung mit „Gut“ bestanden, sucht Dauerstellung in Privat-, Schloß- od. größ. Handelsgärtnerei. Werte Angebote mit Angabe d. Gehalts mit od. ohne freie Station (mit Wohnung) sind zu richten an H. H. in Gl. NB. Bin Jungdeutscher u. bitte Ordensbrüder um evtl. Vermittlung.

Rundschau

Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung.

Unter Ablehnung aller weitergehenden Anträge beschloß der Reichstag folgendes:

Die Unterstützungssätze werden in den Ortsklassen A, B und C mit sofortiger Wirkung erhöht,

1. für alleinstehende Erwerbslose unter 21 Jahren um 20 v. H.,
2. für alleinstehende Erwerbslose über 21 Jahre um 10 v. H.,
3. für alle übrigen Hauptunterstützungsempfänger, sofern sie bereits 8 Wochen nacheinander unterstützt worden sind, ebenfalls um 10 v. H.

Dieser Beschluß genügt nicht und zwingt die Gewerkschaften zu weiter fortgesetztem Kampf um eine Erhöhung der Unterstützung.

Die Kurzarbeiterunterstützung

Es ist nun auf dem Wege der Verordnung eingeführt worden — und sei betont, daß uns diese Lösung ebenfalls nicht genügen kann. Es sollen kurzarbeitende Arbeitnehmer eines gewerblichen Betriebes, in dem regelmäßig mindestens zehn Arbeitnehmer beschäftigt sind, Unterstützung erhalten können. Dadurch werden zahlreiche Kurzarbeiter der kleineren und mittleren Betriebe ausgeschaltet.

Ein Kompromißantrag, bereits bei fünf Arbeitnehmern die Unterstützung zuzulassen, fand nicht die Gnade der Regierung. Ebenso sind die Handelsbetriebe nicht eingeschlossen. Die Unterstützung soll gewährt werden für den 3., 4. und 5. ausfallenden vollen Arbeitstag einer Kalenderwoche. Die Unterstützung wird nur für volle ausfallende Arbeitstage gewährt, also nicht dann, wenn stundenweise verkürzt gearbeitet wird. Die tägliche Unterstützung ist gleich dem Tagessatz, den der Kurzarbeiter er-

halten würde, wenn er erwerbslos wäre, also Hauptunterstützung zuzüglich Familienzuschlag. Eine Milderung ist insofern hineingekommen, als Kurzarbeiter mit mindestens drei zuschlagsberechtigten Angehörigen, wenn vier Arbeitstage in der Arbeitswoche ausfallen, bis zu 2½ Tagessätze, wenn fünf Arbeitstage ausfallen, bis zu 3½ Tagessätze erhalten können. Die Unterstützung darf nur gewährt werden, wenn in dem Betrieb unmittelbar zuvor in zusammenhängenden Wochen insgesamt mindestens acht Arbeitstage ausgesetzt sind. Für die Übergangszeit soll jedoch diese Bestimmung rücklaufend angewandt werden, so daß die meisten der stark verkürzt Arbeitenden sofort in den Genuß der Unterstützung kommen. Eine weitere Bestimmung sagt, daß die Kurzarbeiterunterstützung den Arbeitern desselben Betriebes höchstens für die Dauer von sechs aufeinander folgenden Kalenderwochen gewährt werden soll. Wenn in regelmäßigem Wechsel die Arbeit wochenweise aussetzt, so daß also eine Kalenderwoche gearbeitet und eine Kalenderwoche gefeiert wird, so erfolgt die Berechnung der Kurzarbeiterunterstützung derart, daß für jede der beiden Kalenderwochen je drei Tage Kurzarbeit gerechnet wird. Da die beiden ersten Tage zu Lasten des Kurzarbeiters fallen, würde also für jede der Wochen je ein ausfallender Arbeitstag entschädigt werden.

Ein vorläufiges Handelsabkommen mit Frankreich

Ist nun auch zum Abschluß gelangt. Deutschland erhält den Minimaltarif oder wesentliche Abschläge für geschnittenes Holz, gewisse chemische Produkte und Gruppen landwirtschaftlicher Maschinen, Haushaltungsgegenstände und Möbel. Frankreich ist dafür die Meistbegünstigung auf landwirtschaftliche und gärtnerische Saisonartikel zugestanden. Diese Zugeständnisse sind bei einigen Waren an Kontingente gebunden.

Das Abkommen gilt auf die Dauer von drei Monaten. Es darf angenommen werden, daß inzwischen die Verhandlungen über den endgültigen Handelsvertrag zum Abschluß gebracht werden können.

Zunahme der Feuerbestattung.

Der Deutsche Städtetag hat bei den ihm angeschlossenen Städten eine Rundfrage über ihre Feuerbestattungsanlagen veranstaltet, die auch auf die Schweiz ausgedehnt worden ist. In Deutschland besitzen 54 Städte Feuerbestattungsanlagen, und zwar keineswegs etwa nur Großstädte, sondern auch Mittelstädte bis herunter zu kleineren Städten, wie Meiningen, Suhl, Ilmenau usw. Durchweg stammen die Krematorien in allen Städten erst aus der Zeit nach 1900. Die Zahl der Einäscherungen betrug in der Zeit vom 1. April 1924 bis 31. März 1925:

	in Städten
10— 50	8
51— 100	7
101— 250	17
251— 500	13
501—1000	Stuttgart, Halle,
1001—3000	Hamburg, Dresden, Leipzig,
über 3000	Berlin (3 Krematorien mit 12 000).

Von den deutschen Städten weist verhältnismäßig am meisten Feuerbestattungen Suhl auf. Dort beträgt der Anteil der Einäscherungen 88 Proz., d. h. von 100 Leichen werden 88 verbrannt und 12 begraben. Es folgen Ilmenau mit 72,4 Proz., Jena mit 71,7 Proz., Eisenach mit 66,7 Proz., Meiningen mit 49,6 Proz., Hirschberg mit 46,3 Proz., Gera mit 44,5 Proz., Zwickau mit 44,3 Proz. und Dessau mit 42,7 Proz.

Es ergibt sich also, daß in sechs Städten gegenüber den Erdbestattungen die Zahl der Feuerbestattungen überwiegt und in weiteren sechs Städten beide Bestattungsarten sich ungefähr die Wage halten. Die geringste Ziffer hat Augsburg zu verzeichnen mit 2,8 Proz., dann Tilsit mit 3,4 Proz., Hannover mit 5,2 Proz., Konstanz mit 6,8 Proz., Grünberg mit 7,1 Proz., Reutlingen mit 8 Proz., Mainz mit 8,6 Proz., Krefeld mit 9,7 Proz., Freiburg i. B. mit 9,7 Proz. Im Durchschnitt beträgt in Deutschland in den Städten, die über Krematorien verfügen, der Prozentsatz der Feuerbestattungen 20,8 Proz. Betrachtet man die Ziffern der einzelnen deutschen Länder, so ergibt sich folgendes Bild:

	Einäscherungen Prozent	Erdbestattungen Prozent
Thüringen	54,9	45,1
Anhalt	42,7	57,3
Sachsen	26,8	73,2
Württemberg	22,0	78,0
Preußen	20,3	79,7
Hamburg	16,2	83,8
Baden	13,5	86,5
Bayern	10,2	89,8

Über die absoluten Selbstkosten ließen sich bei der Rundfrage des Deutschen Städtetages vergleichbare Angaben nicht gewinnen. Die Berechnungsgrundlagen sind zu verschieden, um die Zahlen gegeneinander abwägen zu können. Die Selbstkosten sind im wesentlichen davon abhängig, in welchem Umfange die Heizungsanlage voll ausgenutzt werden kann. Nur in einigen Städten sind die Krematorien bereits bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit be-

anspricht. Durch eine stärkere Inanspruchnahme würden aber die Selbstkosten sich noch bedeutend vermindern lassen. So rechnet Ulm mit der Möglichkeit einer Herabsetzung seiner Selbstkosten bei voller Ausnutzung der Anlagen um 320 Proz. Heilbronn ebenso, Sonnenberg um 50 Proz., Guben um 45 Proz.; eine Herabminderung um ein Drittel erwarten Hannover, Pforzheim, Dessau, um ein Viertel Königsberg und Pößneck.

Bekanntmachungen

Der Bezirk Grunewald feiert am Sonnabend, den 13. März, im Grunewald-Kasino, Hubertusbaderstraße 7-9, sein 28. Stiftungsfest.

Remscheid. Das Vereinslokal ist verlegt nach Gottlieb Bremicker, Greulingstr. 1. Die nächste Versammlung ist am 12. März, abends 8 Uhr. Dann regelmäßig 14tägig. — Kollegen, die in Remscheid und Umgegend Stellung nehmen möchten, wollen sich erst mit Kollegen Werner, Remscheid, Ibacherstr. 41, in Verbindung setzen.

Sterbetafel

Am 26. September 1925 verstarb das Mitglied der Verwaltung Dresden, die Kollegin **Anna Wächter** in Pillnitz im Alter von 65 Jahren.

Am 23. Januar 1926 verstarb das Mitglied der Verwaltung Dresden, der Kollege **Wilhelm Kreis**, Privatgärtner der Gruppe Löbnitz-Ortschaften, im Alter von 45 Jahren.

Am 29. Januar 1926 verstarb unser langjähriges Vorstandsmitglied der Verwaltung Dresden und Verwalter des gärtnerischen Facharbeitsnachweises in Dresden, der geprüfte Obergärtner **Koll. Johannes Koker**, im Alter von 30 Jahren.

Am 7. Februar 1926 verstarb das Mitglied der Ortsverwaltung Weimar, der Kollege **Paul Böbinger**, im 25. Lebensjahre.

Ehre ihrem Andenken!

Bücherschau

Der Naturfreunde-Abreißkalender erschien im Vorjahre zum ersten Male und hat Freunde gefunden in allen Ländern, in denen Naturfreunde wandern. Manchen haben seine Bilder mit den herrlichen Häusern der Naturfreunde an frohe Wanderungen erinnert, und manch anderen haben sie zu genußreicher Ferienfahrt angeregt; sie haben aber auch zugleich zeugt von dem Idealismus, der in unserem Volke lebt und diese Werke entstehen ließ. — Der vorliegende Kalender bringt nun eine neue Reihe Naturfreundehäuser und Ferienheime, und er wird die gleich gute Aufnahme finden, wie sie der vorjährige gefunden hat.

Die Geschichte einer armen Johanna. Von Paul Zech. Für den Bücherkreis verlegt durch J. H. W. Dietz Nachf., Berlin. Preis 4 50 M. „Marxismus und Naturwissenschaft.“ Gedenkschrift zu Engels 30. Todestag am 5. August 1925. Mit Beiträgen von Fr. Adler, Fr. Engels und Dr. Gust. Eckstein. Eingeleitet und herausgegeben von Otto Janssen. Mit einem Porträt. E. Laub'sche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30. Preis kart. 3.75; Leinen 4.50 M.

„Kinderland“, ein Jahrbuch für die Buben und Mädels des arbeitenden Volkes. Verlag Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin. Preis gebunden 1,25 M.

Die Lohnsteuer und ihre Erleichterungen und Ermäßigungen. Von Paul Hertz und Erich Rinner. Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin 1925. 80 S. Preis broschiert 1,35 M.

„In welchen Fällen und wie hoch wird aufgewertet?“ Ein gemeinverständlicher Führer durch das neue Aufwertungsrecht. Bearbeitet in Verbindung mit der Reichszentrale für Heimatdienst von Rechtsanwalt Dr. Fritz Koppe (Berlin) — Berlin 1925. Zentralverlag G. m. b. H. — Preis 1 M.

Jahrbuch für Tier- und Gartenfreunde 1926. Von Direktor Georg Hothum, Gumpenweiler. Verlag Friedrich Otto Müller, Altenburg (Th.). Geb. 3 M.

Der leuchtende Baum. Novellen. Von Ernst Preczang. Verlag Buchergilde Gutenberg, Leipzig.

Der Krieg um den Wald. Eine Historie von Moritz Hartmann. Verlag Buchergilde Gutenberg, Leipzig. — Die Mitgliedschaft bei der Buchergilde Gutenberg kann von jedermann erworben werden. Das Eintrittsgeld beträgt 75 Pf. und der monatliche Beitrag 1 M. Dafür erhält jedes Mitglied monatlich eine Zeitschrift und vierteljährlich ein inhaltlich und buchttechnisch gut ausgestattetes Werk. Den Mitgliedern steht außerdem das Vorzugsrecht zum Bezuge von Büchern aus einer Auswahlreihe zu.

Eine sorgenfreie Zukunft bietet sich den Lesern durch einen der vielen Haupttreffer von 2 Millionen, 1 Million, 1/2 Million usw. usw. Wir verweisen auf anliegenden Prospekt der Firma **Beermann**, Berlin W. 62, Kleiststr. 31 und empfehlen sofortige Bestellung. 1/4 Los: 24 M., 1/2 Los: 12 M., 3/4 Los: 6 M., 1/8 Los: 3 M. Lose-Vorrat sehr bald ausverkauft. Eile geboten!

Kursus für Obstgärtner und Baumwärter an der **Obstbauanstalt Oberzwehren b. Cassel**
vom 22. Februar bis 27. März
Frühjahrsabschnitt
vom 28. Juni bis 10. Juli
Sommerabschnitt
vom 27. September bis 16. Oktober
Herbstabschnitt (Verpackungskursus)
Der Kursus ist frei!
Obstverwertungskursus für Damen am 29. und 30. Juli u. 23. u. 24. September. Kursusgeld 6,— M.



BUTTERS“
Qualitätswerkzeuge
sind weltberühmt. Man verlange in Samen- u. Gerätehandlungen nur Werkzeuge der Firma
Oskar Butter Gartenwerkzeugfabrik
BAUTZEN
wo nicht erhältlich, ab Fabrik
Preislisten zu Diensten

Das Arbeits- und Berufsamt der Stadt **Hagen i. W.**, sucht für zu Ostern dieses Jahres zur Schulentf. kommende Knaben **Gärtner - Lehrstellen**
Es werden nur Knaben, die auf ihre Berufseignung geprüft sind, vermittelt. Der Arbeitgeber muß für Wohnung und Verpflegung des Lehrlings Sorge tragen. Meldungen der offenen Lehrstellen sofort erbeten an das
Arbeits- und Berufsamt der Stadt Hagen
Hagen in Westfalen / Hochstraße 80

J. Fritz Scharpf
Blumenzwiebeln-, Dahlien- u. Gladiolen-Kulturen
Giip / Heemstede / (Holland)
Verlangen Sie kostenfrei unser Spezial-ANG über Edel-Dahlien, Gladiolen und sonstige Frühjahrssachen. Nur prima Qualität. Ziel wird gern eingeräumt.

Schneeglöckchen
versendet billigst per Nachnahme
E. Hensel, Bremberg
Kr. Jauer, Post Brechelshof
Gärtner
kinderlos, für Obstgut bei Werder sucht
Bard * BERLIN W 50
Regensburger Str. 30



jagrad-Fahrräder
und Zubehör, Uhren, Gold- u. Lederwaren, Musikinstrumente, Haushaltsgeräte, Waffen, Munition
Reichhalt. Katalog gratis
K. Bergmann & Söhne
KREJSENS (Hartz)
Nr. 217

Jahresschau
Deutscher Arbeit
Subiläums-Gartenbau-
Ausstellung Dresden 1926
23. April bis Anfang Oktober
Dauerausstellung:
Pflanzen-Erzeugung Wissenschaft
Pflanzen-Verwendung Industrie u. Technik
Sonderschauen:
23. 4.—2. 5.: Die Frühjahrblumen-Eröffnungsschau
Anf. Juni: Erste Blumenschmuck- mit Raumkunst-Ausstellung usw.
Anf. Juli: Zweite Blumenschmuck- mit Raumkunst-Ausstellung und Erste Rosenschau, Rosenfest, Kirchengarten, Frühobst- und Frühgemüßschau
Anf. Aug.: Sommerblumen- und Liebhaberschau
Anf. Sept.: Herbstblumenschau
Anf. Okt.: Obst-, Gemüse- u. Chrysanthemumschau
Anmeldungen und Auskunft:
Geschäftsleitung: Dresden, Lennéstr. 3, Städtischer Ausstellungspalast

Rosenpflanzen
aller Art, wie:
Buschrosen, Kletterrosen,
Stammrosen, Trauerrosen
taufen Sie in nur allerbesten Qualität
bei der Rosenfirma
Gebr. Schultze in Steinfurth
bei Bad Nauheim. Begr. 1868
Privatgärtner erhalten die übliche Vergütung. Fordern Sie die kostenlose Übersendung unserer „Sorten- u. Preisliste, sowie unserer Winke für Pflanzung u. Behandlung der Rosen“.

Schürzenstoff
per Mtr. 2,50 solange Vorrat. 111. Zuchjabelt Tischgewand, Bayern



Leiterwagen
Tafelwagen
Rungenwagen
Schnesschuh
Redelschiffen
stabilster Bauart, billigste Preise. Preislist. auf Wunsch gratis und franko.
Strangfeld & Knob
G. m. b. H.
Lübben (Lausitz) 341

Blumen-Töpfe
Blumentöpfe in allen Größen liefert preiswert
Aug. Baasch Nachf.
Inhaber v. Schneide
Sontwarenfabrik
Bitterfeld, Fernspr. 228